

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2017 der Caritas Familien- und Jugendhilfe Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin (CFJ)

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die Aufgabe der Caritas Familien- und Jugendhilfe Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (kurz CFJ), Berlin, besteht laut dem Gesellschaftsvertrag in der Errichtung, dem Betrieb und der Förderung von Einrichtungen und Diensten des Jugend-, Sozial- und Gesundheitswesens. Im Geschäftsjahr 2017 ist sie in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe sowie für Menschen mit Behinderung diesen Aufgaben als kompetenter Ansprechpartner erfolgreich nachgekommen.

Insgesamt betreut die CFJ zum 31. Dezember 2017 mit 532 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie zehn Beschäftigten im Bundesfreiwilligendienst, sieben FSJ-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 80 Praktikantinnen und Praktikanten in 16 Einrichtungen ein Angebot mit 1.270 stationären und teilstationären Plätzen. Sie erwirtschaftet einen Umsatz in Höhe von 34,4 Millionen Euro.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Wirtschaftliches Umfeld

Im Jahr 2017 ist bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stabil verlaufen. Der demographische Wandel setzt sich fort. Dies kann auch in unseren Einrichtungen nachvollzogen werden.

Die wirtschaftlich stabilen Rahmenbedingungen stehen konträr zu den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Zwar sind die Bedingungen auf dem Gesundheits- und Sozialmarkt mit der angespannten Fachkräfte-Situation in der politischen Diskussion angekommen, aber eine kurzfristige Lösung zeichnet sich nicht ab.

2.2. Geschäftsverlauf

Das Jahr 2017 war für die CFJ im Wesentlichen durch den einrichtungsübergreifenden Schwerpunkt der Sicherstellung von ausreichenden und gut qualifizierten Personalressourcen geprägt.

Die Fachkräftegewinnung und -bindung stellen auch für die nächsten Jahre die größten Herausforderungen dar. Zwar sind die Gehälter entsprechend der tariflichen Entwicklung deutlich gestiegen. Dies sorgt aber erstmal nicht für ein größeres Angebot auf dem Arbeitsmarkt.

Im Umkehrschluss führt dies jedoch zu deutlich steigenden Entgelten.

Die Verhandlungsführer bei den Behörden akzeptieren die tariflichen Personalkostensteigerungen und somit die deutliche Anhebung der Entgeltsätze, was sich allerdings in einem Belegungsrückgang durch die kostentragenden Ämter auswirken kann. Dies gilt es bei den Verhandlungen zu berücksichtigen. Auch sind im Kinder- und Jugendbereich lange Verhandlungen ein Problem, zumal die Vereinbarungen nicht rückwirkend gelten. Die entstehende Finanzierungslücke geht zulasten der Einrichtungen.

Da insbesondere die Entgelte der Kinder- und Jugendeinrichtungen aufgrund der in den letzten Jahren stark angestiegenen Personalkosten in zunehmendem Maße nicht mehr kostendeckend waren und im Übrigen der Rahmenvertrag Berlin die Neuverhandlung der Trägerverträge für die Angebote spätestens alle drei Jahre vorsieht, wurden für verschiedene Angebotsformen der Einrichtungen Mariaschutz und Kinder- und JugendHaus Vom Guten Hirten neue Trägerverträge vorbereitet. In der Einrichtung St. Josef konnte immerhin die Personalkostensteigerung der letzten Jahre im Entgelt abgebildet werden, was zu einer erheblichen Entlastung der wirtschaftlichen Lage führt. Auch für die Einrichtung Orte zum Leben wurden neue Entgelte für zwei Wohngruppen verhandelt, die Wohngruppe in Passow konnte bereits zum Dezember 2016 ein neues Entgelt realisieren, in Pinnow konnte zum Dezember 2017 ein Ergebnis erzielt werden. Die Strukturen der Kostenstellenrechnung erweisen sich hier als sehr hilfreich.

Bei den Einrichtungen der Eingliederungshilfe in Berlin wurden die Angebote des Caritas Zentrums pauschal fortgeschrieben, beim Heilpädagogischen Wohnen für Kinder und Jugendliche musste ein geringerer Investitionsbetrag vereinbart werden, der bis zum 30. November 2017 zu abgesenkten Entgelten führte. Im Don Bosco wurde ein geringfügig höherer Investitionsbetrag vereinbart, somit liegt der Entgeltsatz minimal über der pauschalen Erhöhung. Die Einrichtung Caritas-Wohnen St. Johannesburg hat die pauschale Entgelterhöhung Brandenburgs realisiert und noch im Jahr 2017 zu Verhandlungen für 2018 aufgefordert.

Angebotserweiterungen sind wegen des Problems, geeignete und refinanzierbare Räumlichkeiten zu finden, nur in eingeschränktem Umfang möglich. Zusätzlich erschweren die gesetzlichen und behördlichen Anforderungen die Suche bzw. den Umbau bestehender Räumlichkeiten. Die dringend benötigten Erweiterungen des Angebots für Betreutes Einzelwohnen scheitern an der prekären Wohnungslage sowohl in Berlin als auch in Oranienburg.

Die Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe arbeiten intensiv an der Lösung der Doppelzimmerproblematik. Hier führen die räumlichen Gegebenheiten bereits zu Belegungsschwierigkeiten (Caritas Zentrum).

Die Maßnahmen zur Umsetzung der Ordnung zur Prävention von sexualisierter Gewalt an Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen im Bereich des Erzbistums Berlin werden wie geplant weitergeführt. Die Schulungen der Mitarbeiter nach dem Konzept der Präventionsordnung sind für den Kinder- und Jugendhilfebereich abgeschlossen. Die vom Erzbischöflichen Ordinariat ausgebildeten Multiplikatoren hatten die Schulungen einrichtungsübergreifend durchgeführt. Dies hat zu einem erheblichen personellen Aufwand geführt, da die Intensivschulungen für die pädagogischen Mitarbeiter auf zwei Tage ausgelegt sind und einiger Vorbereitung bedürfen. Für den diesjährigen Schulungsbedarf wurde deswegen das inzwischen aufgelegte Angebot des Verbandes zur Durchführung einer Schulung wahrgenommen.

Die Einrichtungen der Eingliederungshilfe haben die Schulungen weitgehend einrichtungsintern mit Unterstützung von externen Referenten durchgeführt. Einrichtungsübergreifende Schulungen waren hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten zunächst nicht sinnvoll, werden aber für die Schulung von neuen Mitarbeitern erwogen. Die Umsetzung der weiteren Bausteine des Präventionskonzeptes des Erzbistums wie Risikoanalysen, Verhaltenskodizes und sexualpädagogische Konzepte erfolgt derzeit in unterschiedlichen Arbeitsständen. Die bereits erarbeiteten sexualpädagogischen Konzepte der Einrichtungen wurden zusammengeführt.

Die Kindertagesstätten arbeiten weiterhin an der Umsetzung der Änderungen des Berliner Bildungsprogramms.

In den Einrichtungen der Eingliederungshilfe werden veränderte Anforderungen der Kostenträger umgesetzt. Das gilt insbesondere für die nach wie vor unklaren Anforderungen durch das Bundesteilhabegesetz.

In der Schule St. Johannesberg hat sich der Fachunterricht inzwischen etablieren können und führt zu positiven Rückmeldungen. Die Caritas-Werkstatt St. Johannesberg hat die Prinzipien dualer Ausbildung inzwischen vollständig eingeführt.

Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur werden im Kinder- und Jugendhaus St. Josef weitergeführt. Mit der Einweihung der neuen Außenstelle im Aderluch im Jahr 2016 hat die Caritas-Werkstatt St. Johannesberg die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten erheblich verbessert und durch die Lage der Filiale im Wohnungsbauumfeld konnten neue Inklusionsakzente auch in 2017 gesetzt werden.

Größere Baumaßnahmen betrafen den U3-Ausbau mit einem Anbau in den Kindertagesstätte St. Hildegard sowie eine komplett neue Gartengestaltung in der Kindertagesstätte St. Monika.

2.3. Leistungsentwicklung

Das Tätigkeitsfeld der Caritas Familien- und Jugendhilfe GGmbH erstreckt sich auf folgende Geschäftsbereiche

Kindertagesstätten	- 430 Plätze
Kinder- und Jugendeinrichtungen	- 187 Plätze
Einrichtungen für Menschen mit Behinderung	- 158 Heimplätze
	- 75 Schulplätze
	- 420 WfbM-Plätze

Erfreulich ist der erneute Anstieg der Leistungsentgelte auf 32,8 Millionen Euro. Das breite Leistungsspektrum im Kinder- und Jugendbereich entwickelt sich kontinuierlich weiter, diese Entwicklung setzt sich auch im Leistungsangebot für Menschen mit Behinderung fort. Bei den Kindertagesstätten hält der Trend zu jüngeren Kindern an.

2.4. Ertragslage

Das Ergebnis des Jahres 2017 ist mit 2 TEUR gegenüber dem Vorjahr um 245 TEUR niedriger ausgefallen.

Wie im Vorjahr prognostiziert, stiegen die Personalkosten vor allem aufgrund der tariflichen Vereinbarungen an. Auch die Umsatzerlöse haben sich wie erwartet leicht positiv entwickelt.

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	2017 TEUR	2016 TEUR	Veränderung TEUR
Umsatzerlöse	34.425	33.239	1.186
Bestandsveränderung / Sonstige betriebliche Erträge	989	705	284
Gesamtleistung	35.414	33.944	1.469
Materialaufwand	3.913	3.886	27
Personalaufwand	27.018	25.360	1.658
Abschreibungen auf Anlagevermögen	1.312	1.325	-13
Sonstiger Betriebsaufwand	3.084	3.091	-7
Betrieblicher Aufwand	35.327	33.662	1.665
Betriebsergebnis	87	282	-194
Finanzergebnis	-85	-35	-51
Jahresergebnis	2	247	-245

In den Umsatzerlösen werden Erträge aus Leistungsentgelten (28.833 TEUR), Erträge aus der Leistungserbringung der Kindertagesstätten (4.111 TEUR), Erträge aus der Produktion der Caritas-Werkstatt St. Johannesberg (1.427 TEUR) und Mieterträge (54 TEUR) ausgewiesen. Die Erhöhung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus Erhöhungen der Entgelte (1.059 TEUR).

Die Sonstigen Betrieblichen Erträge enthalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Rückstellungen für die Rückzahlung von Fördermitteln durch Bauvorhaben der WfbM St. Johannesberg wurden in Höhe von 130 TEUR aufgelöst.

Unter den Personalaufwendungen werden Gehälter, Soziale Abgaben, Aufwendungen für die Altersversorgung und Sonstige Personalaufwendungen zusammengefasst. Die Steigerung bei den Personalaufwendungen ist wesentlich durch Tariflohnerhöhungen begründet, die sich im Berichtsjahr ganzjährig ausgewirkt haben.

Im Sonstigen Betriebsaufwand werden insbesondere Veränderungen der Sonderposten, Instandhaltungsaufwendungen, Mieten und Pachten, periodenfremde Aufwendungen sowie Kosten für Personalüberlassung ausgewiesen.

Das Jahresergebnis in Höhe von TEUR 2 liegt mit TEUR 245 unter dem des Vorjahres. Gründe sind insbesondere die gestiegenen Personalkosten.

2.5. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR	Veränderung TEUR
Vermögen			
Anlagevermögen	16.143	16.172	-29
Sonstige Vermögensgegenstände	20	20	0
Langfristiges Vermögen	16.163	16.192	-29
Kurzfristige Forderungen	2.028	1.998	30
Flüssige Mittel	9.243	9.082	161
Übrige Aktiva	382	401	-19
Kurzfristiges Vermögen	11.653	11.481	172
	27.816	27.673	143
Kapital			
Eigenkapital	15.189	15.186	3
Sonderposten aus Fördermitteln	5.995	5.827	168
Rückstellungen	1.549	1.473	76
Verbindlichkeiten	758	855	-97
Langfristiges Kapital	23.491	23.341	150
Rückstellungen	1.200	1.155	45
Verbindlichkeiten/Übrige Passiva	3.125	3.177	-52
Kurzfristiges Kapital	4.326	4.332	-7
	27.816	27.673	143

Das langfristige Vermögen wird durch das Sachanlagevermögen dominiert. Die Höhe des Anlagevermögens ist annähernd konstant geblieben. Es sind Abschreibungen in Höhe von 1.312 TEUR, Abgänge in Höhe von 11 TEUR und Zugänge in Höhe von 1.294 TEUR zu verzeichnen.

Das langfristige Vermögen beträgt 58 % des Gesamtvermögens.

Das langfristige Kapital entspricht 85 % der Bilanzsumme und deckt das langfristige Vermögen vollständig ab. Das Eigenkapital ist um das Jahresergebnis gestiegen, der Sonderposten wird in Höhe der Abschreibungen auf gefördertes Anlagevermögen aufgelöst; gegenläufig erfolgt die Entwicklung durch die Zuführung zum Sonderposten aufgrund von geförderten Investitionen.

2.6. Kapitalflussrechnung

		2017
		TEUR
1.	Periodenergebnis	2
2. +/-	Abschreibungen Gegenstände des Anlagevermögens (eigenfinanziert)	869
3. +/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	121
4. -/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-11
5. +/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-72
6. -/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	4
7. +/-	Zinsaufwendungen/Zinserträge	30
8. =	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	943
9. +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	8
10. -	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5
11. -	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-679
12. +	Erhaltene Zinsen	-1
13. =	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-675
14. -	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-76
15. -	Gezahlte Zinsen	-31
16. =	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-107
17.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	161
18. +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.082
19. =	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	9.243

Die Liquidität war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

2.7. Gesamtaussage

Insgesamt haben sich die Entgelte positiv entwickelt. Durch die gestiegenen Personalkosten führte dies zu einem Ergebnis unter dem des Vorjahres. Die Vermögenslage ist geordnet, die langfristigen Vermögenswerte sind langfristig finanziert.

3. Chancen- und Risikobericht

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken nutzt die CFJ eine Vielzahl von Steuerungs- und Kontrollsystemen, die laufend weiterentwickelt werden. Dazu gehört ein einheitlicher Planungs-, Berichts- und Controllingprozess. Die Risikofaktoren werden nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Wesentlichkeit unterschieden. Eine regelmäßige Steuerung und Kontrolle der Risiken wird durch die Geschäftsführung bzw. die Bereichsverantwortlichen und Einrichtungsleiterinnen und -leiter gewährleistet.

Die Risikostruktur bei der CFJ besteht im Wesentlichen aus den Markt-, den Belegungs- und den politischen Risiken. Diese Risiken haben eine wesentliche Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit und werden daher laufend beobachtet.

Dem weiter gestiegenen Problem, geeignete und refinanzierbare Räumlichkeiten zu finden, versucht die CFJ durch Akquisition von Grundstücken bzw. Gebäuden im Bestand der Berliner Caritas zu begegnen.

Als ein Risiko ist nach wie vor die Verknappung an qualifiziertem Personal auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere von Erziehern, zu benennen.

Für die Risiken im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung sind organisatorische und technische Maßnahmen getroffen worden, die geeignet sind, Ausfällen der IT-Systeme zu begegnen und die damit verbundenen Auswirkungen für das Unternehmen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Die Betreuung der IT-Systeme ist nach wie vor in Teilen dezentral organisiert. Durch die Erweiterung des Serversystems wird die Effizienz erhöht.

Den Anforderungen des Kirchlichen Datenschutzgesetzes wird durch die Beauftragung eines externen Dienstleisters Rechnung getragen.

Aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofes hat der Verwaltungsrat der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse entschieden, die seit 2002 erhaltenen Sanierungsgelder zurückzuzahlen. Die im Jahr 2016 erfolgte Rückzahlung ist in voller Höhe der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen zugeführt worden. Hintergrund ist, dass in den Folgejahren mit deutlich höheren Personalaufwendungen für die Altersvorsorge zu rechnen ist.

Weitere rechtliche oder markttechnische Risiken, welche die Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigen können, sind nicht bekannt.

Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Gesellschaft, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

Die Entwicklung der Arbeitswelt sowie der weiter vorhandene Zuzugsfaktor in dem Ballungsraum Berlin führen zu einem steigenden Bedarf an Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe. Durch die laufenden bzw. geplanten

Investitionstätigkeiten ist die CFJ in der Lage, sowohl die Zukunftssicherung hinsichtlich des Ausschöpfens der Erlöspotentiale als auch die Optimierung der Betriebsabläufe zu gestalten. Die weitere Optimierung der Prozesse im Rahmen des Qualitätsmanagements stellen geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Ertragskraft dar.

Durch unsere Präsenz in verschiedenen Netzwerken wissen wir um die aktuellen Bedarfe und sind in der Lage, schnell und flexibel darauf einzugehen.

Das breite Leistungsangebot und die gute Vernetzung der Einrichtungen untereinander ermöglichen es uns, die Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Entsprechende Anfragen durch die Kostenträger bestätigen uns in dieser Auffassung.

4. Prognosebericht

Im Budget 2018 wurden Entgeltsteigerungen im stationären Bereich nur in der bereits bekannten Höhe angesetzt.

Für das Jahr 2018 geht die Geschäftsführung davon aus, dass durch weitere Verhandlungen Steigerungsmöglichkeiten bei den Entgelten durchgesetzt werden können, so dass bei der geplanten Auslastung mit einer deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse zu rechnen ist. Diese Umsatzerhöhung wird auch im Jahr 2018 von einer hohen Lohn- und Gehaltssteigerung begleitet, sodass nur ein geringes Steigerungspotenzial beim Jahresergebnis zu erwarten ist.

In 2018 werden wesentliche Investitionen für das Kinder- und Jugendhaus St. Josef in Berlin-Neukölln weitergeführt und der Umbau eines Gebäudes in der Manetstraße, das sich im Besitz des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V. befindet, geplant.

In den folgenden Jahren werden wir daran arbeiten, unseren Gesellschaftszweck nachhaltig zu erfüllen.

Berlin, 31. März 2018

Rolf Göpel
(Geschäftsführer)

Roman Zezulka
(Geschäftsführer)